



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nun hat mein Newsletter auch einen schönen Namen. „Rhein - Spree - Kanal“ steht für vielfältige und aktuelle Infos aus Berlin und Düsseldorf, er steht für die Verbindung zwischen unserer Landeshauptstadt und der Bundeshauptstadt und soll diesen Kanal für Information und Austausch öffnen. Er zeigt einen Einblick in meine tägliche Arbeit als Abgeordneter in Berlin und im Wahlkreis, die politischen Initiativen im Bundestag, die Arbeit im Verkehrsausschuss und der SPD-Bundestagsfraktion.

Ich danke allen, die an der Namensfindung mitgewirkt haben. Ich finde, dass es sich sehr gelohnt hat, bei den zukünftigen und schon vorhandenen Leserinnen und Lesern anzuklopfen. Es sind über 35 Vorschläge eingereicht worden. Am Ende stach der Vorschlag von Ralf Neuhäuser heraus und ich habe mich dafür entschieden.

In den letzten Wochen haben wir im Bundestag im Bereich Arbeit und Soziales weiter an mehr Gerechtigkeit gearbeitet und zentrale Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht.

Besonders die Verbesserungen beim BAföG sind gut und gerecht. Mir persönlich ist eine weitere Verbesserung ganz nah. Ich spreche vom Meister-BaföG. Hier will ich gerne mithelfen. Gerade die berufliche Bildung und Weiterbildung sind doch ein Qualitätsmerkmal. Auch bei der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege sind echte sozialdemokratische Highlights gesetzt worden.

Und natürlich gibt es in dieser Ausgabe auch reichlich Neuigkeiten zu meinen Themen rund um den Verkehr! Besonders meine Spezialthemen Elektromobilität und Raumfahrt kommen nicht zu kurz. Aber auch Flug-, See- und Binnenhäfen spielen in der Verkehrspolitik aktuell eine gewichtige Rolle.

Ganz besonders habe ich mich in den letzten Wochen über viele Besuche von Schülerinnen und Schülern aus Düsseldorf gefreut. Jeder Besuch ist für mich etwas Besonderes und ich nehme mir gerne die Zeit, um intensiv über meine Arbeit und Politik im Allgemeinen und Besonderen zu diskutieren. Ich sage ja gerne, dass ich ein Mandat habe, das mich verpflichtet, Bericht zu geben. Hierzu soll auch der „Rhein-Spree-Kanal“ beitragen! Mir macht das Mandat viel Freude und ich kann in Berlin und Düsseldorf Politik für die Menschen aktiv mitgestalten.

Sie und Euch lade ich herzlich ein sich aktiv einzubringen. Sei es durch konstruktive Kritik oder durch den Besuch einer Veranstaltung im Wahlkreis.

Ich wünsche viel Lesefreude und „sende“ beste Grüße,

Ihr / Euer Andreas Rimkus

In dieser Ausgabe:

- ◆ Erste Rede im Bundestag
- ◆ Getan: Die Bafög-Reform
- ◆ Elektromobilitätsgesetz
- ◆ Gerecht: Die Mietpreisbremse
- ◆ ElterngeldPlus
- ◆ Sommertour
- ◆ Aus dem Wahlkreis
- ◆ Wanderausstellung
- ◆ Impressum



"Liebe Kolleginnen und Kollegen, Infrastruktur braucht Akzeptanz. Akzeptanz wächst durch Vertrauen. Vertrauen wächst durch eine gute Geschichte. Lassen Sie uns diese schreiben, eine Geschichte der guten Infrastruktur, der modernen Mobilität, die wenige Ressourcen verbraucht und wenige Emissionen verursacht."

Die erste Rede im Deutschen Bundestag von Andreas Rimkus

Vizepräsidentin Ulla Schmidt: Vielen Dank. - Nächster Redner ist Andreas Rimkus, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Andreas Rimkus (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der britische Science-Fiction-Autor Arthur C. Clarke hat einmal gesagt: *Was heute als Science-Fiction-Roman begonnen wird, wird morgen als Reportage beendet.*

Wenn dies gelingen soll, brauchen wir schon heute Investitionen in Technologien von morgen. Dazu gehört eine gesicherte Finanzierung der Projekte, die den Verkehr von morgen gestalten sollen. Gute Verkehrspolitik ist insofern kein Selbstzweck; sie ist für die Menschen da. Mobilität ist doch eigentlich ein Grundbedürfnis, und es gilt, die damit verbundenen sozialen, ökologischen und ökonomischen Themenbereiche verlässlich zu gestalten. Fossile Brennstoffe sind endlich, und ihr Einsatz belastet unsere Umwelt. Es ist deshalb Aufgabe der Politik, die Energiewende gerade im Verkehrssektor zum Erfolg zu führen.

Ein besonderes Anliegen ist mir die Förderung der Elektromobilität. Für eine zuverlässige und auskömmliche Finanzierung von Förderprojekten im Bereich der Elektromobilität sollte der Energie- und Klimafonds die Grundlage sein. Diese Verlässlichkeit kann er allerdings nicht bieten. Wie auch der Bundesrechnungshof bereits am 31. März dieses Jahres feststellte, sind die unsicheren Einnahmen über den Emissionshandel - ich zitiere - „nicht geeignet, um die politisch gewünschten zusätzlichen Ausgaben für die Energiewende und den Klimaschutz dauerhaft verlässlich zu finanzieren“.

Darüber müssen wir offen reden; denn wir haben ja ein gemeinsames Interesse an der erfolgreichen Weiterführung der laufenden Projekte. (Beifall bei der SPD) [...]

Sehen Sie [hier die Rede als Video in der Mediathek](#)

Schulklassen aus Düsseldorf zu Besuch im Bundestag



Foto oben: Besuchergruppe des St. Ursula Gymnasium

Foto rechts oben: Besuchergruppe Georg-Büchner-Gymnasium

Foto rechts unten: Besuchergruppe Europäische Akademie NRW



Die BAföG-Reform

BAföG-Reform: Mehr Geld, mehr Geförderte, mehr Bildungsgerechtigkeit

Die Koalition plant eine umfassende Reform der Ausbildungsförderung BAföG. Unter anderem sollen die Leistungen spürbar verbessert, mehr Studierende gefördert und die Länder zu 100 Prozent von den BAföG-Zuzahlungen entlastet werden. „Wir wollen in Bildungs- und Chancengleichheit investieren und das BAföG an die Lebenswirklichkeit der Auszubildenden anpassen“, so Andreas Rimkus. Und weiter: „Das während Willy Brandts Kanzlerschaft eingeführte BAföG ist eines der wichtigsten Instrumente der Studienfinanzierung. Es öffnet jungen Menschen die Tür für eine Hochschulausbildung und einen damit verbundenen gesellschaftlichen Aufstieg“, so der Düsseldorf SPD-Abgeordnete.

Andreas Rimkus: „Immer wenn die SPD regiert, wird das BAföG erhöht“



Die 25. BAföG-Reform sieht unter anderem vor, mit Beginn des Schuljahres 2016 bzw. Wintersemesters 2016/17, die Bedarfssätze und Freibeträge für alle BAföG-Geförderten um sieben Prozent zu erhöhen. Zudem sollen die Vermögensfreibeträge und Hinzuverdienstgrenzen angehoben und der Wohnzuschlag auf 250 Euro aufgestockt werden. „Dies ist die größte BAföG-Erhöhung seit 2008“, so Rimkus.

Bereits ab dem 1. Januar 2015 will der Bund die volle Finanzierung der staatlichen Förderung übernehmen und die Länder damit dauerhaft um jährlich 1,17 Milliarden Euro entlasten. Bisher mussten diese zu den BAföG-Kosten 35 Prozent beisteuern. Die frei werdenden Mittel sollen die Bundesländer in Bildung investieren.

„Ganz besonders freue ich mich über die Verbesserungen beim sogenannten „Meister-BAföG“, denn die geplante Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge im

BAföG ist per Gesetz automatisch damit gekoppelt“, erklärt MdB Rimkus. Neben förderberechtigten Schülerinnen und Schülern und Studierenden enthalten also auch förderberechtigte Fachkräfte ab 2016 mehr Geld.

Der Gesetzentwurf zur BAföG-Reform geht nun in die parlamentarische Beratung. Ende des Jahres soll das Änderungsgesetz vom Bundestag verabschiedet werden.

Parlamentarischer Stand:

Der Gesetzentwurf zur Änderung des BAföG (25. BAföGÄndG) wurde am 20. August 2014 vom Bundeskabinett verabschiedet und am 9. Oktober 2014 in 1. Lesung im Bundestag beraten. Bis Jahresende wird der Entwurf vom Bundesrat und Bundestag im Detail beraten und beschlossen.

In diesem Zuge wird auch die Änderung des Grundgesetzes erforderlich, damit der Bund wie verabredet ab 2015 die vollständigen BAföG-Zahlungen der Länder übernehmen kann (s. Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern).

Anstehende Termine (geplant):

- **13. Oktober 2014:**
Anhörung Ausschuss für Bildung und Forschung
- **5. November 2014:**
Abschluss Ausschuss für Bildung und Forschung
- **13. November 2014:**
2./3. Lesung Bundestag
- **19. Dezember 2014:**
Abschluss Bundesrat
- **1. Januar 2015:** Inkrafttreten

Kabinett billigt Elektromobilitätsgesetz



„Ich freue mich über den ersten Aufschlag des Ministers mit dem neuen Gesetzesentwurf Elektromobilität zu fördern“, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete und Berichterstatter für Elektromobilität im Verkehrsausschuss Andreas Rimkus. Der Abgeordnete begrüßt, dass sowohl Akkumobilität als auch der Brennstoffzellenantrieb in die Definition des Kabinettsentwurfs aufgenommen wurden. „Beide Technologien bergen erhebliches Innovationspotential, daher sollten wir technologieoffen sein und den Markthochlauf beider Antriebsformen gleichermaßen fördern.“

„Der Aufschlag der Bundesregierung zum Elektromobilitätsgesetz ist zu begrüßen, doch kann dies nur der erste Schritt sein.“

Andreas Rimkus

Rimkus stellt jedoch fest, dass insbesondere Akkumobilität im urbanen Raum attraktiv ist, da batteriebetriebene Fahrzeuge nur über relativ geringe Reichweiten verfügen und sehr leise sind. „Ich selbst fahre einen Elektroroller und bin begeistert, wie flexibel, leise und ökologisch ich mich damit in meiner Heimatstadt Düsseldorf bewegen kann. Zwei-, Drei- und Vierräder mit Versicherungskennzeichen werden von dem Entwurf nicht erfasst. Das sehe ich kritisch“, so Rimkus.

In dem Entwurf ist für Hybridfahrzeuge eine Mindestreichweite des Elektroantriebes von 30 Kilometern und ab 2018 eine von 40 Kilometern vorgesehen. Hier wünscht sich Rimkus ein ambitionierteres Vorgehen und fordert, die Reichweite ab 2018 höher anzusetzen.

Kommunen ist es zukünftig möglich, Parkraum für Elektrofahrzeuge zur kostenlosen, höchstens vierstündigen Nutzung freizugeben, besonders wenn diese Parkplätze mit einer Ladesäule versehen sind. Der SPD Abgeordnete schlägt vor, Carsharing-Fahrzeuge von dieser Regelung auszunehmen. „Carsharer können nicht gewährleisten, dass das Fahrzeug dort nicht län-

ger als vier Stunden steht. Darüber müssen wir in der parlamentarischen Beratung sprechen.“

Rimkus betont, dass dieses Gesetz nur der erste Schritt sei. Er weist darauf hin, dass darüber hinaus noch viel Arbeit zu tun ist, um die Menschen für Elektromobilität stärker zu begeistern und den Lade- und Tankinfrastrukturausbau zu fördern.

Daher fordert er mit gutem Beispiel voran zu gehen und dem „Hamburger Modell“ zu folgen. Dies sieht im Öffentlichen Dienst eine Begründungsklausel bei der Beschaffung von PKW und Nutzfahrzeugen unter 3,5 Tonnen vor. Wenn das benötigte Fahrzeug täglich bis zu 80 Kilometer zurücklegen soll und die Fahrt an einer Ladestation beendet werden kann, soll ein Elektrofahrzeug bevorzugt werden, wenn dennoch auf ein Automobil mit herkömmlichem Verbrennungsmotor zurückgegriffen wird, muss dies gesondert begründet werden. „Dies halte ich für eine sinnvolle Möglichkeit auch in der Verwaltung die Energiewende im Verkehr mitzugestalten“, lobt Rimkus.



Mietpreisbremse und Bestellerprinzip auf den Weg gebracht

SPD- und Unionsfraktion haben sich über die Mietpreisbremse geeinigt, damit wird ein zentraler Punkt des Koalitionsvertrages umgesetzt. Mietsteigerungen werden ab 2015 wirksam begrenzt, gleichzeitig bleiben dringend erforderliche Investitionen für Neubauten möglich. Zudem gibt es Änderungen im Maklerrecht.

„Die Mietpreisbremse beschränkt künftig Mietsteigerungen in Gegenden mit einem angespannten Wohnungsmarkt auf maximal zehn Prozent gegenüber den ortsüblichen Vergleichsmieten. So wird in den von den Ländern ausgewiesenen Gebieten exzessiven Mietsteigerungen bei neuen Mietverträgen entgegengewirkt“, erklärt der Düsseldorfer Abgeordnete Rimkus.

Jede **5. Person** **60 %** **Um 25 %**
in Deutschland fühlte sich nach eigener Einschätzung durch monatl. Wohnkosten wirtschaftlich stark belastet. Bei der von Armut betroffenen Bevölkerung sagt das sogar jede 3. Person.
des verfügbaren Haushaltsnettoeinkommens müssen Alleinlebende mit kleinen Einkommen für Wohnkosten aufwenden. Durchschnittlich lag der Anteil bei 28 %.
stieg der Mietpreis in Hamburg in den letzten fünf Jahren an. Solche Entwicklungen beendet die Mietpreisbremse.

Um neben einem verbesserten Mieterschutz gleichzeitig Investitionen in den notwendigen Neubau sicherzustellen, sind Neubauten und umfassend modernisierte Wohnungen von der Mietpreisbremse ausgenommen. Denn es wäre fatal, mit solchen Regulierungen der Wohnungsbau zum Erliegen zu bringen. Wohnungsknappheit führt zu Mietsteigerungen, ein höheres Wohnungsangebot wiederum bedeutet einen effektiven Mieterschutz.

„Da die Mietpreisbremse auch für jede Staffel eines Staffelmietvertrages gilt, werden Staffelmieten als Umgehungsmöglichkeit der Mietpreisbremse ausgeschlos-

sen“, erklärt Rimkus weiter. Auch eine Kopplung der Mietpreisbremse an die Existenz eines qualifizierten Mietspiegels hat die SPD-Fraktion verhindert. Damit wäre die Mietpreisbremse für viele Städte von vorneherein ausgeschlossen gewesen, in denen die ortsübliche Vergleichsmiete anders ermittelt wird.

Mit dem Bestellerprinzip im Maklerrecht konnte die SPD-Fraktion ein weiteres zentrales Vorhaben durchsetzen. In Zukunft gilt: Wer einen Makler beauftragt, muss auch die Kosten dafür übernehmen – also in der Regel der Vermieter. Ein Großteil der Mieterinnen und Mieter wird so von den zusätzlichen Kosten für die Makler-Courtage entlastet. „Endlich gilt dann das, was auch sonst im Leben gelten sollte: Wer bestellt, der bezahlt“, so Andreas Rimkus.

Städte mit den höchsten Mietpreisen für Wohnungen in Deutschland im 4. Quartal 2013 (in Euro pro Quadratmeter)

München	14,00 €
Frankfurt am Main	11,98 €
Stuttgart	11,51 €
Hamburg	11,16 €
Freiburg im Breisgau	10,67 €
Wiesbaden	10,53 €
Düsseldorf	10,38 €
Berlin	10,33 €
Mainz	10,24 €
Darmstadt	10,15 €

Quelle: empirica/Statista 2014

DIE SPD REGIERT.
 **DIE MIETPREISBREMSE KOMMT.**

ElterngeldPlus macht die Elternzeit flexibler

Mit der Einführung des „ElterngeldPlus“ mit Partnerschaftsbonus und einer Flexibilisierung der Elternzeit soll die erfolgreiche sozialdemokratische Familienpolitik weiter ausgebaut werden. Mütter und Väter können länger Elterngeld beziehen, wenn sie Teilzeit arbeiten. Zudem kann die Elternzeit flexibler gestaltet werden.

„Damit Eltern künftig noch individueller ihre gewünschte Vereinbarkeit von Familie und Beruf leben können, sollen die Erfolgsmodelle Elternzeit und Elterngeld nun noch flexibler werden“, erklärt Andreas Rimkus. Und weiter: „Wir wollen mit dem Elterngeld-Plus von 2015 an jene Elternpaare unterstützen, die sich partnerschaftlich um die Kinderbetreuung kümmern und zugleich über eine Teilzeitbeschäftigung ins Berufsleben zurückkehren wollen“.

Bei gleichzeitiger Teilzeitarbeit können Mütter und Väter künftig doppelt so lange Elterngeld beziehen – ohne dass der Teilzeitlohn die Gesamtsumme des ausgezahlten Elterngeldes mindert. Wer Teilzeit in einem Umfang von mindestens 25 Prozent arbeitet, kann künftig bis zu 28 Monate zusätzlich zum Teilzeiteinkommen Elterngeld erhalten. Bislang galt auch für Teilzeit-Arbeitnehmer eine maximale Elternzeit von

14 Monaten; viele blieben deshalb lieber zu Hause. Einen Partnerschaftsbonus von vier zusätzlichen Elterngeld-Plus-Monaten bekommen Väter und Mütter, die für die Kinderbetreuung beide gleichzeitig in Teilzeit gehen.

„Außerdem sieht der Gesetzentwurf vor, die Elternzeit zu flexibilisieren, damit Familien künftig noch individueller darüber entscheiden können, wie sie Betreuungs- und Arbeitszeit in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder verteilen möchten“ erläutert Rimkus. Künftig können Eltern bis zu 24 Monate ihrer Elternzeit erst später in Anspruch nehmen – maximal bis zum achten Lebensjahr des Kindes.

Der vorgelegte Gesetzentwurf ist nur eines von insgesamt drei Reformvorhaben der Großen Koalition, damit Eltern ihre Aufgaben flexibler wahrnehmen können. "Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eigentlich noch einen weiteren größeren Schritt gehen: Wir wollen, dass aus dem ElterngeldPlus bald die Familienarbeitszeiten werden. Wir wollen und brauchen andere Arbeitszeitmuster, nicht nur für Eltern von Kleinkindern, sondern auch für die Eltern von älteren Kindern", so der Düsseldorfer Abgeordnete.

Das Bundeskabinett hat am 4. Juni 2014 auf Initiative von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) den Gesetzentwurf zur Einführung des ElterngeldPlus beschlossen.

- Das ElterngeldPlus erkennt die Pläne derjenigen an, die schon während des Elterngeldbezugs wieder in Teilzeit arbeiten wollen. Mütter und Väter, die mit einer gewissen Stundenzahl ihrer Arbeit nachgehen wollen, haben dann die Möglichkeit, länger als bisher diese Leistung in Anspruch zu nehmen und so das volle Elterngeldbudget zu nutzen. Das erleichtert ihnen, sich in die neue Lebensphase mit Kind hineinzufinden und Familien- und Erwerbsarbeit fair und zukunftsfest zu verteilen.
- Wenn beide, Mutter und Vater, sich entscheiden, jeweils 25 bis 30 Stunden in der Woche zu arbeiten und sich damit auch die Zeit mit ihrem Nachwuchs zu teilen, dann gibt es einen zusätzlichen Partnerschaftsbonus in Form von vier zusätzlichen ElterngeldPlus-Monaten.

Außerdem erhalten Eltern mehr Flexibilität bei der Elternzeit. Bislang konnte mit Zustimmung der Arbeitgeberin oder des Arbeitgebers ein Jahr der Elternzeit auf den Zeitraum zwischen dem dritten und dem achten Geburtstag eines Kindes übertragen werden. Durch die Neuregelung können bis zu zwei Jahre auf diesen Zeitraum übertragen werden.

Das ElterngeldPlus soll besonders für Alleinerziehende den Wiedereinstieg erleichtern. Alleinerziehende Eltern tragen eine besondere Last und verdienen eine bessere Unterstützung.

Insgesamt 60 Prozent der Eltern mit kleinen Kindern wünschen sich eine gleichmäßige Aufteilung von Familie und Beruf. Bereits heute ist etwa die Hälfte der Mütter mit ein- und zweijährigen Kindern ganz selbstverständlich wieder im Beruf; vor Einführung des Elterngeldes war es etwa ein Drittel. Das ElterngeldPlus gewährt Paaren mehr Wahlfreiheit: Väter können sich stärker um ihre Kinder kümmern, Mütter haben mehr Chancen im Beruf. So stärkt das ElterngeldPlus die Geschlechtergerechtigkeit.

Förderprogramm "Soziale Stadt" am Beispiel AWO in Wersten

Auf Initiative des Düsseldorfer Bundestagsabgeordneten Andreas Rimkus waren Oberbürgermeister Thomas Geisel und der Staatssekretär aus dem Bundesbauministerium Gunther Adler zu Gast im AWO Aktiv-Treff und im AWO Familienzentrum „Lummerland“ in Wersten.

AWO Kreisgeschäftsführer Michael Kipshagen erläuterte die im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ geplanten Umbaumaßnahmen vor Ort und zeigte den neu gebauten Kinderspielplatz des Familienzentrums. Das „Lummerland“ betreut Kinder von vier Monaten bis zum Schuleintritt. Es unterstützt die Familien durch vielfältige Beratungsleistungen. Die Integration von Familien mit Zuwanderungsgeschichte bildet dabei einen besonderen Schwerpunkt.

Oberbürgermeister Thomas Geisel betonte wie wichtig solche Förderprogramme für Düsseldorf sind und welche positiven Effekte sich auf die Stadtteile auswirken. Städtebaufördermittel in Höhe von 3,86 Mio Euro für die Fördergebiete Rath/Mörsenbroich und 5 Mio Euro für Wersten/Holthausen (60% Land, 40% Stadt) können auf der Basis des Handlungskonzeptes eingesetzt werden.



v.l. Michael Kipshagen, Andreas Rimkus, Wolfgang Förster, Thomas Geisel, Gunther Adler und Gudrun Siebel

Der AWO Aktiv-Treff in Wersten stellt als Jugendfreizeiteinrichtung und Nachbarschaftstreff Angebote, Aktionen und Projekte für Kinder und Jugendliche zur Verfügung. Mit seiner Jugendfarm mit Pferden, Eseln, Ziegen und Kaninchen bietet der Aktiv-Treff den jungen Besucherinnen und Besuchern ein spannendes Erlebnisfeld. Der AWO Aktiv-Treff soll 2015 mit Mitteln der „Sozialen Stadt“ neu gebaut werden.

Lesen Sie [hier den vollständigen Artikel](#)

Wasserstoff macht mobil!

Im Rahmen seiner Sommertour besuchte der Düsseldorfer Bundestagsabgeordnete Andreas Rimkus die Energieagentur NRW und traf sich zu einem Gespräch mit dem Leiter des Netzwerks Brennstoffzelle und Wasserstoff Dr. Thomas Kattenstein.

Die Energieagentur NRW und das dazugehörige Netzwerk sind eine gemeinnützige Organisation als Dienstleister der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Das Netzwerk kümmert sich als Technologieplattform um die Beschleunigung und die Koordination der Erforschung und Markteinführung von Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie. Das Netzwerk betreut 110 Projekte mit einem Gesamtbudget von rund 115 Millionen Euro in NRW. **Lesen Sie [hier den vollständigen Artikel](#)**



Andreas Rimkus und der Vorsitzende des Düsseldorfer Umweltausschusses Philipp Tacer, der ihn zu dem Gespräch mit der Energieagentur NRW begleitete

Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion



Unter dem Motto „Arbeit wertschätzen“ hat die SPD-Bundestagsfraktion am Mittwoch den traditionellen Dialog mit Betriebs- und Personalräten aus ganz Deutschland fortgesetzt. In Berlin diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik mit rund 260 Betriebs- und Personalräten über Leiharbeit, den Missbrauch von Werkverträgen, die Tarifautonomie und die Wirkung des Mindestlohns.

Aus Düsseldorf war **Ayhan Üstün**, Betriebsratsvorsitzender bei Vallourec Deutschland GmbH, Werk Reisholz, nach Berlin gekommen, um mitzudiskutieren.

Lesen Sie [hier den vollständigen Artikel](#)

Meine Gäste aus dem Wahlkreis



Die Besucherguppe im September 2014 auf dem Dach des Reichstagsgebäude

Unterstützung der Aktion "750 Weyhe für neue Bäume"

Der Orkan „Ela“ hat das grüne Herz der Stadt Düsseldorf massiv beschädigt und damit die ganze Stadtgesellschaft vor große Herausforderungen gestellt, um die Lebensqualität, die von Bäumen im urbanen Raum ausgeht, Stück für Stück wiederherzustellen. Dem Orkan sind im Juni in Düsseldorf mehr als 40.000 Bäume zum Opfer gefallen.

Unter dem Motto „Neue Bäume für Düsseldorf“ arbeiten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Kulturschaffende und Unternehmen sowie Verwaltung und Politik daran, die Schäden in der Stadt zu beheben und die Wiederaufforstung gemeinsam zu gestalten. Auch Holger Stoldt, Düsseldorfer Fotokünstler und Gründer der „Düsseldorfer Ansichten“, hilft bei der Wiederaufforstung mit. Mit seiner Aktion „750 Weyhe für neue Bäume“ trägt er auf künstlerische Art und Weise dazu bei, dass in Düsseldorf neue Bäume entstehen können. Stoldt kreierte drei verschiedene Bilder mit dem Motiv des berühmten Düsseldorfer



Gartenarchitekten Maximilian Friedrich Weyhe (1775 -1846) in einer Gesamtauflage von 750 Stück. Holger Stoldt verkauft die Bilder für jeweils 25 Euro. 5 Euro davon sind ein Produktionszuschuss, 20 Euro gehen als Spende direkt an die Stadt Düsseldorf. Die Baumspenden in Höhe von 20 Euro werden von der NRW-Landesregierung wiederum jeweils verdoppelt. Somit hat jedes verkaufte Weyhe-Bild den Gegenwert von einem fünfzehntel Baum.

Andreas Rimkus erwarb kürzlich mehrere Weyhe-Bildmotive von Holger Stoldt, um ein Stück Düsseldorfer Kunst in sein Berliner Bundestagsbüro zu holen. „Ich wollte einen persönlichen und konkreten Beitrag zur Wiederaufforstung in meiner Heimatstadt Düsseldorf leisten. Gleichzeitig finde ich es sehr schön und wichtig, Kunst aus meinem Düsseldorfer Wahlkreis in meinem Berliner Bundestagsbüro um mich zu haben. Somit kann ich auch meine Gäste und Gesprächspartner in Berlin von den Vorzügen der kreativen Düsseldorfer Kunstszene überzeugen. Ich danke Holger Stoldt für seine hervorragende Idee und wünsche seiner Aktion im Sinne von zahlreichen neuen Bäumen in Düsseldorf weiterhin viel Erfolg“, so Andreas Rimkus.

Der Düsseldorfer Grafiker, Fotograf und Künstler Holger Stoldt entwickelte im Jahr 2001 „seine“ Düsseldorfer Ansichten, die heute als hochwertige Glicèedrucke auf Pigmentbasis in Museumsqualität auf den zertifizierten Canson Infinity Leinwänden, Bütten- und Photopapieren produziert werden. Sie sind auch als Alu-DiBond-Versionen erhältlich. **Mehr Infos:** <http://www.duesseldorfer-ansichten.de>

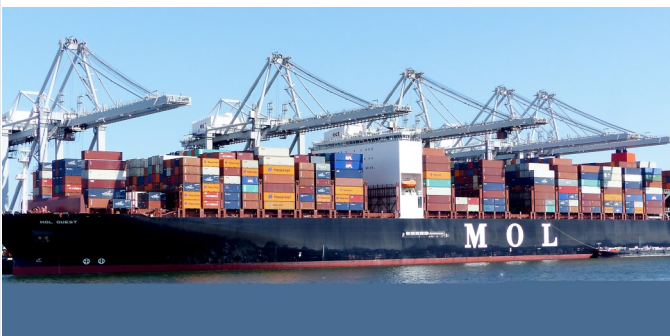
Ein starkes Stück europäischer Infrastruktur: Die SPD-Bundestagsabgeordneten Rimkus, Schiefner und Klare besuchten den Rotterdamer Hafen

Die NRW SPD-Bundestagsabgeordneten und Verkehrspolitiker Andreas Rimkus, Udo Schiefner und Arno Klare haben gemeinsam den Rotterdamer Hafen besucht. Ziel des Besuches war es, sich vor Ort ein Bild vom Hafen zu machen und gemeinsam mit Vertretern des Hafenbetriebs Rotterdam wichtige Themen der deutschen und niederländischen Verkehrspolitik zu diskutieren.

Im Vordergrund der Gespräche standen neben der Erarbeitung des neuen Bundesverkehrswegeplans in Deutschland die vor kurzem veröffentlichte Seeverkehrsprognose 2030 der Bundesregierung, die Stärkung der Binnenschifffahrt, eine zügige Realisierung des dritten Gleises zwischen Emmerich und Oberhausen, die Notwendigkeit eines zweigleisigen Ausbaus zwischen Kaldenkirchen und Dülken und die Folgen wesentlicher Veränderungen in der globalen Energiewirtschaft für Rotterdam, das Ruhrgebiet und den Rheinkorridor.



v.l. Andreas Rimkus, Andrea Terpstra (Deutschlandbüro Hafen Rotterdam), Udo Schiefner und Arno Klare



Darüber hinaus wurde intensiv über die Notwendigkeit einer offenen und aktiven Debatte über die enorme wirtschaftliche Bedeutung der Logistik für unseren Wohlstand gesprochen. Gemeinsam haben die drei Bundestagsabgeordneten mit den Vertretern des Hafens Rotterdam erörtert, wie die Interessen aller Betroffenen bei Großprojekten optimal Berücksichtigung finden können. **Lesen Sie [hier den vollständigen Artikel](#)**

„Bund bleibt beim Thema Rhein-Ruhr-Express (RRX) am Ball“



Gute Nachrichten hat Andreas Rimkus, Bundestagsabgeordneter aus Düsseldorf und stellvertretender verkehrspolitischer Sprecher der SPD Bundestagsfraktion, für die Bürgerinnen und Bürger im Düsseldorfer Süden.

Im Zuge der Erarbeitung des neuen Bundesverkehrswegeplanes (BVWP) wird der Bahnhof Düsseldorf-Benrath als mögliche zukünftige Haltestelle für

den geplanten Rhein-Ruhr-Express (RRX) im kommenden Jahr im Rahmen der Sensitivitätsbetrachtung einer konkreten und umfangreichen Prüfung unterzogen.

Die sogenannte Sensitivitätsbetrachtung ist im Zuge der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 eine notwendige Voraussetzung für den weiteren Entscheidungsprozess. Der Bundesverkehrswegeplan, der vom Bundesverkehrsministerium erarbeitet wird, ist die Grundlage für den Erhalt, die Entwicklung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland und soll ein realistisches und finanzierbares Gesamtkonzept für die zukünftige bundesweite Verkehrsinfrastruktur darstellen.

„Für die Menschen im Düsseldorfer Süden ist es eine gute Nachricht, dass die Verlängerung des 6-gleisigen Ausbaus bis südlich des Bahnhofes Benrath im kommenden Jahr nun erstmalig einer sehr umfangreichen volkswirtschaftlichen und verkehrlichen Überprüfung unterzogen wird.“ **Lesen Sie [hier den vollständigen Artikel](#)**

„Die Binnenschifffahrt ist ein umweltfreundlicher und wirtschaftlich bedeutender Anker unserer Mobilität“



Wie wird eigentlich ein 135 Meter langes und mit vier Lagen Containern beladenes Binnenschiff über den Rhein gesteuert? Der SPD-Bundestagsabgeordnete Andreas Rimkus und seine NRW-Kollegen aus dem Verkehrsausschuss des Bundestags Udo Schiefner (Viersen) und Sebastian Hartmann (Troisdorf) starteten hierzu kürzlich in Duisburg einen spannenden Selbstversuch. Der fand allerdings nicht auf dem Wasser, sondern im Flachwasserfahrersimulator „Sandra“ statt. „Sandra“ ist ein in Europa einzigartiger Binnenschiffsimulator, der im Schifferberufs-Kolleg in Duisburg-Homberg beheimatet ist und u.a. zu Ausbildungs-

- und Fortbildungszwecken die Fahrt eines Großmotorgüterschiffes unter nahezu realen Bedingungen nachbildet, z.B. auf dem Rhein.

Die Fahrt mit dem Binnenschiffsimulator, die übrigens weitgehend unfallfrei verlief, war jedoch nur ein Programmpunkt, der die SPD-Bundestagsabgeordneten auf Einladung des Bundesverbandes der Deutschen Binnenschifffahrt e.V. (BDB) nach Duisburg geführt hatte. Als stellvertretender verkehrspolitischer Sprecher trägt auch Andreas Rimkus politische Verantwortung für die weitere Entwicklung der Binnenschifffahrt, die immer noch zu den umweltfreundlichsten Verkehrsträgern für die Bewältigung des Transports großer Gütermengen zählt. BDB-Präsident Georg Hötte und BDB-Geschäftsführer Jens Schwanen skizzierten zu Beginn die aktuelle Lage der Binnenschifffahrt in Deutschland.

Lesen Sie [hier den vollständigen Artikel](#)



Udo Schiefner, Jens Schwanen, Manfred Wieck, Georg Hötte, Andreas Rimkus und Philipp Tacer

Düsseldorf wird von der kommunalen Entlastung durch den Bund profitieren

Der Düsseldorfer Bundestagsabgeordnete Andreas Rimkus begrüßt das am 20. August vom Bundeskabinett verabschiedete Gesetz zur Entlastung von Ländern und Kommunen: „Das verabschiedete Gesetz ist der richtige Schritt, weitere Entlastungen müssen folgen. Ich setze mich im Bundestag weiter entschieden für die finanzielle Entlastung der Kommunen von den Sozialausgaben und die Stärkung der kommunalen Investitionskraft ein.“

Im Bundeskabinett wurde ein Gesetz verabschiedet, mit dem die Kommunen bis 2017 jährlich eine weitere Milliarde zur Sicherung ihrer kommunalen Aufgaben erhalten. „Wir in der SPD-Bundestagsfraktion setzen uns weiter für eine deutliche Entlastung der Kommunen von den steigenden Sozialausgaben ein“, so Rimkus.

Jeweils 500 Millionen Euro werden über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer verteilt, weitere 500 Millionen über eine Erhöhung des Bundesanteils an den

Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose. Damit wird die Unterstützung zielorientiert den Kommunen in besonderen Notlagen gerecht.

Die jährliche Entlastung um eine Milliarde Euro ist ein Schritt, dem weitere Entlastungen folgen müssen. Zielmarke bleibt für die SPD eine Entlastung von fünf Milliarden Euro jährlich, nachdem das Bundesteilhabegesetz in Kraft getreten ist.

Die Aufstockung des Sondervermögens Kinderbetreuungsaufbau in den Jahren 2016 bis 2018 um insgesamt 550 Millionen Euro ist zu begrüßen. Auch hier gilt, dass die Schaffung der erforderlichen Betreuungsplätze bei entsprechendem Bedarf mehr Mittel beanspruchen kann als die zusätzlichen 30.000 Plätze. Soweit dies erforderlich werden sollte, wird die SPD auf einer entsprechenden Finanzierung bestehen, wie dies auch im Koalitionsvertrag verabredet ist.

Lesen Sie [hier den vollständigen Artikel](#)

Hochleistungswerkstoffe unterstützen auch die Entwicklungen in der E-Mobilität

Andreas Rimkus besuchte auf Anregung durch den Verein kunststoffland NRW das Technikum von LANXESS im Chempark Dormagen und informierte sich vor Ort über die Entwicklung von Hochleistungskunststoffen.

In Dormagen befindet sich der Forschungs- und Entwicklungsbereich für Hochleistungskunststoffe der Abteilung „High Performance Materials“. Der Vorteil von polymeren Werkstoffen ist: sie bringen nur rund ein Sechstel bis ein Siebtel des Gewichts von Stahl auf die Waage. Ihre Einsatzgebiete sind äußerst vielfältig und für den Bereich der E-Mobilität finden die Werkstoffe auch im Fahrzeugbau ihre Anwendung.



Andreas Rimkus und Hartwig Meier

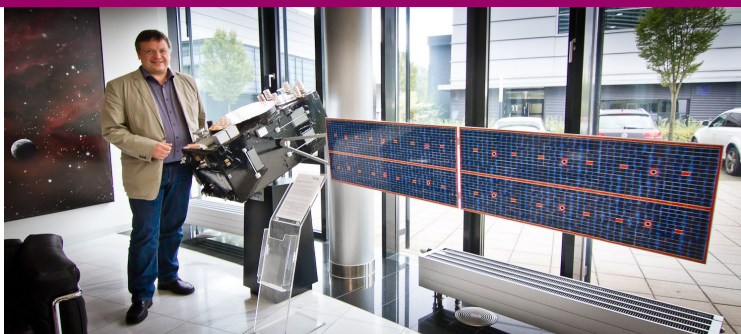
Der Düsseldorfer Bundestagabgeordnete hat sich vor Ort direkt über die Entwicklung, die Eigenschaften und Einsatzgebiete informiert: „Mich haben besonders die faserverstärkten Highend-Kunststoffe beeindruckt, sie wiegen rund die Hälfte wie herkömmliche Metalle oder Stähle und sind dabei aber vergleichbar leistungsfähig“.

Hartwig Meier, der Leiter der Abteilung Global Product and Application Development bei LANXESS begrüßte Andreas Rimkus am Standort Dormagen und stellte ihm die Forschungsabteilung vor.

Lesen Sie [hier den vollständigen Artikel](#)

Andreas Rimkus informierte sich bei der OHB System AG in Bremen über den Bau und die Anwendungsbereiche von modernsten Satellitensystemen

Im September besuchte Andreas Rimkus als Mitglied im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages und Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für Satellitentechnik in Bremen den Hauptsitz der OHB System AG um sich eingehend über die herausragenden Leistungen dieses mittelständischen Unternehmens auf dem Gebiet Space Systems zu informieren.



Das Unternehmen OHB System mit Standorten in Bremen und München sowie in Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg und Schweden beschäftigt rund 2000 Mitarbeiter und betreut Aufträge mit einem Gesamtvolumen von ca. 2 Milliarden Euro.



Mit dem Vorstandsvorsitzenden der OHB System AG Marco R. Fuchs

Damit ist das Unternehmen eine der bedeutenden unabhängigen Kräfte in der europäischen Raumfahrt. Die OHB System AG ist auf die Entwicklung und den Bau erdnaher und geostationärer Satelliten spezialisiert. Dazu gehören moderne Projekte wie die Galileo-Navigationssatelliten, das Aufklärungssystem SARah, die MTG-Wettersatelliten sowie der Umweltsatellit EnMAP, der Technologieerprobungsträger TET-1 oder auch die Telekommunikationssatelliten Hispasat und ELECTRA.

Lesen Sie [hier den vollständigen Artikel](#)



Wanderausstellung des Bundestages gastiert in Düsseldorf



Wanderausstellung des Deutschen Bundestags in den Bilker Arcaden von Montag 03. bis Samstag 08. November

- ♦ *Wie funktioniert eigentlich die Arbeit im Bundestag?*
- ♦ *Was machen die Abgeordneten in Berlin?*
- ♦ *Welchen Aufgaben haben die Gremien des Bundestages?*

Antworten auf diese Fragen finden die Besucher der Bilk Arcaden eine Woche lang durch die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages. Auf Anregung des Düsseldorfer Bundestagsabgeordneten Andreas Rimkus kommt die Wanderausstellung in die **Düsseldorf Bilk Arcaden in das Erdgeschoss auf der Friedrichstraße 133 in 40217 Düsseldorf.**

Vom 03. bis 08. November erfahren die Besucher auf zwanzig Schautafeln wesentliche und umfassende Informationen über den Deutschen Bundestag. Ebenfalls besteht für die Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit eine Vielzahl von Informationsmaterialien kostenlos mitzunehmen. Auf zwei Infoterminals können zum Beispiel Videos und der Internetauftritt des Deutschen Bundestages angeschaut werden.

„Ich freue mich sehr, dass die Wanderausstellung rund ein Jahr nach meiner Wahl in den Bundestag in Düsseldorf zu Gast ist. Mir liegt es besonders am Herzen, dass in den Arcaden die Möglichkeit besteht, sich über die Arbeit im Bundestag zu informieren. Die Ausstellung bietet sowohl für Erwachsene als auch für Jugendliche spannende Einblicke und Informationen“, so Andreas Rimkus.

Die Ausstellung wird von einer Honorarkraft des Deutschen Bundestages betreut, die für Fragen rund um den Deutschen Bundestag zur Verfügung steht. Schulklassen können sich für einen ca. einstündigen Vortrag über die Arbeitsweise des Bundestages anmelden unter 0211 869 37 888.

Informationen im Netz:

www.bundestag.de

oder direkt zur Wanderausstellung: **<http://goo.gl/FkVolb>**



Kontakt & Impressum

V.i.s.d.P.
Andreas Rimkus, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 227 78180

andreas.rimkus@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

Tel. 0211 869 37 888

andreas.rimkus.ma03@bundestag.de

www.andreas-rimkus.de

Andreas Rimkus @
facebook 

Andreas Rimkus @
twitter 